



Clemens Rostock, Bündnis 90/Die Grünen

1) Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz in Deutschland?

Ja. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Und ein Einwanderungsland braucht ein Einwanderungsgesetz. Es soll die Interessen der ansässigen Bevölkerung und die der Migrantinnen und Migranten in Einklang bringen. Das jetzige Recht ist jedoch zu kompliziert und ein Wirrwar an Einzelgesetzen. Viele Einwanderungswillige landen zudem im Asylantragsverfahren, welches jedoch dafür gar nicht vorgesehen ist und dadurch überlastet wird. Deswegen wollen wir ein innovatives und zeitgemäßes Einwanderungsgesetz.

2) Welche Lösungsansätze /- vorschläge sehen Sie zur Integration von Flüchtlingen?

Integration beginnt am Tag des Ankommens. Das wichtigste überhaupt ist die Sprache. Dass ganzen Gruppen mit sogenannter schlechter Bleibeperspektive Sprach- und Integrationskurse verwehrt wird, ist kontraproduktiv: Die, die wieder gehen müssen, können dann in der Zeit in Deutschland nichts lernen und für die die bleiben, wird Zeit verschwendet. Auch können auf diese Weise schnell unsere Rechte und Regeln kennen gelernt werden, die sich teilweise von denen in den Herkunftsländern unterscheiden. Wer hier glücklich werden will, sollte unser Grundgesetz und seine Grundwerte anerkennen.

Nach der Sprache kommt das Wohnen. Genau wie wir generell sozial durchmischte Wohngebiete wollen, um keine Absonderung von Reichen oder Armen zuzulassen, so gilt dies auch für die Geflüchteten. Sie sollten möglichst schnell aus den Aufnahmeeinrichtungen in Wohnungen kommen, um mit den Nachbarn in Alltagskontakt treten zu können.

Schließlich kommt die Integration in die Arbeitswelt. So finden natürliche Kontakte statt und die Menschen können ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten. Dass Geflüchtete nicht dazu benutzt werden

dürfen, Arbeitsnormen zu untergraben muss dabei selbstverständlich sein. Letztlich geht es doch darum ein gutes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft zu ermöglichen. Gerade unser Bundesland ist durch Zuwanderung geprägt: Slawen, Deutsche, Hugenotten, Flamen, Schweizer usw. Auf diese jahrhundertealte Toleranz und Aufnahmebereitschaft müssen wir bauen.

Mehr: <https://www.gruene.de/programm-2017/a-bis-z/wir-sorgen-fuer-ein-friedliches-zusammenleben-und-eine-gute-integration.html>

3) Können Sie sich vorstellen, dass Bildung als übergreifendes Thema gestaltet wird und nicht nur Ländersache bleibt?

Bildung ist der Schlüssel zu einem guten Leben. Viel zu oft bestimmt heute noch die Herkunft eines Kindes über Chancen und den späteren Erfolg im Leben. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen die Ideen und die Kraft aller jungen Menschen. Darum müssen unsere Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen besser werden. Sie sollen allen gleiche Chancen auf ein gutes Leben ermöglichen. Dafür steht die grüne Bildungspolitik. In all diesen Fragen sollen Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten. Es ist absurd, dass unsere Verfassung diese Kooperation verbietet. Dieses Kooperationsverbot in der Bildung muss fallen. Dann darf der Bund Länder und Kommunen endlich dabei unterstützen, die Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen für alle zu verbessern. So fordern wir u.a. ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz.

4) Was sollte sich Ihrer Meinung nach ändern, um den Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen in Deutschland und ganz speziell hier in der Region zu begegnen?

Der Fachkräftemangel hat viele Aspekte, die wir gemeinsam angehen müssen. Wir brauchen starke Gewerkschaften, die für gute Arbeitsbedingungen und Löhne kämpfen und dabei die Unterstützung der Politik erfahren. Ich bin zum Beispiel Mitglied der IG Metall. Für uns Grüne ist auch die Stärkung regionaler Kreisläufe und regionale Wirtschaftsverflechtung ein wichtiges Anliegen. Das schafft Identität, macht die Wirtschaft weniger anfällig für die großen Krisen und die kurzen Wege sorgen für eine gute Ökobilanz.

Neben den Arbeitsbedingungen muss in der Freizeit auch ein gutes Leben möglich sein. Wir kämpfen für gutes und schnelles Internet überall, gute ÖPNV-Anbindungen auch auf dem Land, Kultur- und Musikangebote, hohe Aufenthaltsqualität in den Städten, eine soziale Infrastruktur usw. Für viele diese Dinge kämpfen grüne Lokalpolitiker vor Ort. Aber auch der Bund ist hier gefragt: Ordentliche Internetversorgung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Zweiklassenmedizin benachteiligt ländliche Regionen, da die Privatversicherten zu übergroßem Teil in den Städten wohnt, die Landwirtschaftspolitik muss aufhören die Strukturen immer größere und menschenleerer und damit öder und kreativer zu machen.

5) Wie kann der Generationsvertrag im deutschen Rentensystem erhalten bleiben?

Wir Bündnisgrüne wollen im Rentensystem einiges ändern. Wir wollen eine Garantierente einführen, um zu verhindern, dass Rentnerinnen und Rentner auf die Grundsicherung angewiesen sind. Wir wollen die gesetzliche Rente als die wichtigste Säule neben der privaten und betrieblichen Vorsorge stärken. Das Rentenniveau darf nicht weiter sinken und die Rentensysteme in Ost und West müssen zusammengeführt werden. Finanzieren wollen wir das Ganze, in dem wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln bezahlen und über eine sogenannte Bürgerinnen- und Bürgerversicherung

alle Berufsgruppen und Einkommensarten zu Rentenbeiträgen heranziehen. Darüber hinaus soll es möglich werden statt in eine Riesterrente freiwillig mehr Rentenbeiträge abzuführen und dafür die Riesterförderung in Anspruch zu nehmen. Dies könnte in einen öffentlich verwalteten Fonds fließen, der in soziale und ökologische Projekte investiert.

6) Was müsste sich beim Thema Pflege verändern, um Pflege – Finanzierung und personelle Ausstattung zukunftssicher zu gestalten?

Wir setzen uns politisch und parlamentarisch konsequent für eine bessere Personalausstattung ein, um die Situation zu verbessern. Wir brauchen schnellstmöglich verbindliche

Personalbemessungsregelungen für den Krankenhausbereich. Die müssen von unabhängigen Wissenschaftlern entwickelt werden und sich am tatsächlichen Bedarf orientieren. Für den Übergang fordern wir für Krankenhäuser ein Pflegestellenprogramm, das sich mindestens an den Größenordnungen der 1997 abgeschafften Pflegepersonalregelung (PPR) orientiert.

Weiterhin wollen wir uns bei den Tarifpartnern für einen „Tarifvertrag Soziales“ einsetzen, der für faire Löhne in den sozialen Berufen und damit auch in der Pflege sorgt.

Selbstverständlich spielen auch die Arbeitszeiten eine wichtige Rolle. Auslaugender Schichtdienst und unflexible Arbeitszeitregelungen tragen maßgeblich zur Belastung der Beschäftigten bei. Wir wollen allgemein, dass Beschäftigte eine gesetzlich garantierte Mitsprache über den Umfang und die Lage ihrer Arbeitszeit erhalten, damit Arbeit gut in ihr Leben passt. Bei der Aufstellung von Schichtplänen sollen die Bedürfnisse der Beschäftigten stärker berücksichtigt werden. Das ist besonders in der Pflege wichtig. Neben der Bezahlung und den Arbeitszeiten sind gesundheitsfördernde und alter(n)sgerechte Arbeitsplätze ausschlaggebend, um die Arbeit in der Pflege attraktiver zu machen. Darüber wollen wir mit den Arbeitgebern in einen Dialog treten. Außerdem müssen die Anstrengungen zur Entbürokratisierung weiter fortgeführt und intensiviert werden.

7) Was verstehen Sie unter Steuergerechtigkeit?

Steuergerechtigkeit ist für mich, wenn alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Starke Schultern können und sollen mehr tragen als schwache. Das geltende Steuersystem wird diesem Anspruch an vielen Stellen nicht gerecht. So wird Einkommen aus Arbeit bei uns häufig höher besteuert als Einkommen aus Vermögen. Die Abgeltungsteuer führt dazu, dass Zinsen pauschal mit nur 25 Prozent besteuert werden. Während sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem Staat gegenüber gläsern machen müssen, kann Kapitaleinkommen anonym versteuert werden. Auf Vermögen fallen kaum Steuern an. Auch deshalb gibt es in unserem Land eine große Ungleichheit bei den Vermögen. Hinzu kommen Steuerskandale wie „Lux-Leaks“ oder die „Panama Papers“: Mit Hilfe von Staaten, die unfaires Steuerdumping betreiben und mit aggressiven Steuertricks entziehen sich international tätige Konzerne und manche Vermögende immer wieder ihrer Verantwortung

Aus dieser Analyse folgt für mich, dass Einkommen aus Arbeit und Einkommen aus Vermögen genauso behandelt werden müssen. Die Erbschaftssteuer muss dahingehend reformiert werden, dass ungleiche Vermögensverhältnisse nicht zementiert werden. Die Steuerverwaltung muss besser ausgestattet werden, um Steuerbetrug effizient zu verhindern und aufzuspüren. International müssen Steuersümpfe trocken gelegt werden. Für uns ist auch wichtig, dass statt Arbeit vielmehr der Verbrauch von Energie und Ressourcen besteuert wird. Wenn Unternehmen sparen, sollen sie nicht an den Arbeitsplätzen sondern an der Energie und den Ressourcen sparen!

Auch die Subventionen - so gesehen die negativen Steuern - wollen wir unter die Lupe nehmen. Ökologisch und sozial schädliche Subventionen wie das Dienstwagenprivileg wollen wir gezielt abbauen.

8) Schauen wir mal in die Zukunft: Wie wird aus Ihrer Sicht Deutschland und Europa sich entwickeln?

Das hängt davon ab, was wir tun. Ich setze mich dafür ein, dass wir ein ökologisches, soziales und weltoffenes Land sind. Ich möchte eine Zukunft in der die Energie 100% erneuerbar und dezentral zur Verfügung gestellt werden kann und alle davon profitieren können. Eine Zukunft in der die Lebensmittel regional, ökologisch und ohne Tierquälerei, hohem Einsatz von Antibiotika, Pestiziden und Gentechnik produziert werden. Eine Zukunft in der wir einen gut funktionierenden ÖPNV in Städten und Gemeinden mit hoher Aufenthaltsqualität haben. Eine Zukunft, in der Kinder und Alter keine Armutsrisiken sind, in der bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und unsere Bildungseinrichtungen gut ausgestattet und deren Nutzung kostenfrei ist. Und ich möchte eine offene Gesellschaft, in der die europaweite Solidarität über nationale Egoismen siegt, in der jeder nach seiner Fassung glücklich werden kann (und jede nach ihrer) und in der Menschen demokratisch an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken können. Dafür werbe ich aktuell um die grüne Zweitstimme. Die Erststimme kann m.E. an Herrn Berger (SPD), Herrn Nord (Linke) oder Herrn Patzel (CDU) gehen.

Mit freundlichen Grüßen
Clemens Rostock